

Unerhört. Sozial. Hessen.

Vorschläge der Diakonie
Hessen zur Landtagswahl in
Hessen im Herbst 2023

Statistik der Mitglieder und deren Einrichtungen Stand 12.12.2022

Hinweis: Zur vollständigen Darstellung der Leistungsangebote der Diakonie Hessen sind hier auch die Einrichtungen, Mitarbeitenden und Umsätze der regionalen Diakonischen Werke aufgeführt.

Privatrechtlich verfasste Rechtsträger inkl. Vereine, Stiftungen, gemeinnützige Gesellschaften	355
Dekanate der EKHN	24
Kirchenkreise der EKKW	14
Kirchliche Zweckverbände	52
Mitglieder der Diakonie Hessen	445

Insgesamt sind in der Diakonie Hessen und ihren Mitgliedern rund 42.000 hauptamtliche Mitarbeiter*innen beschäftigt.

Die Mitglieder der Diakonie Hessen erwirtschafteten im Jahr 2020 in ihren Arbeitsbereichen einen Umsatz > 2,3 Mrd €

Einrichtungen und Angebote nach Branchen	2022
Krankenhäuser	22
Altenhilfe	411
Diakoniestationen	131
Hospizhilfe	21
Kinder- und Jugendhilfe	670
Familienhilfe	114
Behindertenhilfe	268
Hilfe für Personen in besonderen Sozialen Situationen*	301
Ausbildung	70
Sonstige Angebote	124
Summe	2.132

Diakonie Hessen –

Werk der Kirche, Mitgliederverband und Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege

Die Diakonie Hessen ist als Werk der Kirche Mitglieder- und Spitzenverband für das evangelische Sozial- und Gesundheitswesen auf dem Gebiet der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW). In den Geschäftsstellen in Frankfurt am Main und Kassel, dem Evangelischen Fröbelseminar sowie den Evangelischen Freiwilligendiensten arbeiten über 300 Mitarbeitende. Dazu kommen circa 700 Freiwillige, die sich in den verschiedenen Programmen des freiwilligen Engagements einbringen.

Dem Vorstand des Landesverbandes gehören Pfarrer Carsten Tag (Vorstandsvorsitzender) und Dr. Harald Clausen an.

INHALT

Vorwort	3
Wohnen	4
Arbeit	6
Bildung	8
Gesundheit	10
Teilhabe	14
Weiterführende Informationen	16
Kontakt	17

Liebe Leserinnen und Leser,

am 5. Dezember 2022 erschien der Dritte Hessische Landessozialbericht, der mit einem Wert von 17,9 Prozent (für 2020) einen neuen Höchststand der Armutsquote in Hessen bezeugt. Ein Jahr später, im Herbst 2023, wählen die Bürger*innen in Hessen einen neuen Landtag. Beide Ereignisse – die Auswertungen des Landessozialberichts und die Landtagswahl – nehmen wir als Anlass, unsere zentralen Vorschläge in die politische und öffentliche Debatte einzubringen. Sie orientieren sich an den fünf sogenannten „Lebenslagen“, in denen sich soziale Ungleichheiten manifestieren und die auch den Dritten Hessischen Landessozialbericht gliedern: 1. Wohnen, 2. Arbeit, 3. Bildung, 4. Gesundheit und 5. Teilhabe.

Mit unserer Broschüre wollen wir auf die Gleichzeitigkeit multipler Krisen wie die Klimakrise, die Energie- und Preiskrise sowie die Corona-Pandemie mit ihren sozialen Verwerfungen reagieren. Wir verstehen unsere Positionen als Beitrag zur sozial gerechten Ausgestaltung der notwendigen ökologischen Transformation unserer Gesellschaft. Außerdem geben wir auch eine Antwort auf die im Landessozialbericht vorgestellte Analyse der sozialen Lagen in Hessen und stellen dar, was aus unserer Sicht in der nächsten Legislaturperiode zu tun bleibt. Damit möchten wir aber keinen Punkt hinter die Ergebnisse des Berichts machen, sondern im Gegenteil den Dialog darüber weiter voranbringen.



Carsten Tag
Vorstandsvorsitzender



Dr. Harald Clausen
Vorstand

Wohnformen für Menschen im Alter und/oder mit Pflegebedarf werden vom Land gefördert, von Anbietern entwickelt und umgesetzt

Unsere Vorschläge

- Ein **deutlicher Ausbau barrierefreien Wohnraums**, auch um Umzüge in Pflegeeinrichtungen aufgrund ungünstiger baulicher Bedingungen (bspw. Treppe, Bad) zu verhindern. Zudem wird sichergestellt, dass in Hessen flächendeckend eine **adäquate, wohnortnahe Versorgung im Gesundheitsbereich** gegeben ist.
- Damit **Innovationen im Wohnen** auch in Hessen entwickelt werden, braucht es zum einen eine **modellhafte Förderung von Einzelprojekten**, aber auch eine Bereitschaft vonseiten der Kostenträger für **neue Wege der Finanzierung**.
- Es bedarf eines **gleichberechtigten Nebeneinanders verschiedener Angebote**, ausgerichtet an der jeweiligen Pflege- bzw. sozialen Situation der Menschen, damit jeder von Pflegebedürftigkeit betroffene Mensch ein angemessenes, qualifiziertes und ausreichendes Angebot erhalten kann.
- Auch **stationäre Wohn- und Pflegeformen** bleiben ein unverzichtbares Angebot, welches es leistungsrechtlich auszugestalten gilt. Dazu werden Investitionen im Pflege- und Krankenhausbereich ausgebaut.

Obdach- und Wohnungslosigkeit wird bekämpft

Unsere Vorschläge:

- **Umsetzung des Beschlusses der EU-Kommission von 2020**, die Obdachlosigkeit in der EU – und damit auch die in Hessen – bis 2030 zu beseitigen.
- Die Entwicklung und Etablierung eines **hessischen Aktionsplans**, der festlegt, durch welche konkreten Maßnahmen die hessische Landesregierung das Ziel erreichen will. Mit dem **Aktionsprogramm „Wohnungslosigkeit überwinden“** hat die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen erste Vorschläge vorgelegt.
- Flächendeckende **qualifizierte, sozialarbeiterische Betreuung der Notunterkünfte** und deren **menschenwürdige standardisierte Ausstattung**.

Die Wohnsituation von Menschen mit Fluchterfahrung wird verbessert

Unsere Vorschläge:

- **Abschaffung der innerhessischen Wohnsitzauflage** für Menschen mit Aufenthaltserlaubnis.

- Die flächendeckende Etablierung **einheitlicher menschenwürdiger Unterbringungsstandards** sowie verbindlicher **Gewalt-schutzkonzepte** in Erstaufnahmeeinrichtungen und kommunalen Unterkünften.
- Die **Verkürzung des Aufenthalts in Erstaufnahmeeinrichtungen** auf maximal drei Monate.
- Bei der Verlegung in die Kommunen: **Dezentrale Unterbringung** statt der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften.

Bezahlbarer Wohnraum wird ausgebaut

Unsere Vorschläge:

- Das **Land unterstützt die Kommunen bei der Einführung und Umsetzung des sektoralen Bebauungsplans „Wohnraumversorgung“ (§ 9 Abs. 2d BauGB)**. Insbesondere wirkt das Land auf die Kommunen ein, damit nur Gebäude errichtet werden dürfen, bei denen einzelne oder alle Wohnungen die **baulichen Voraussetzungen für eine Förderung mit Mitteln der sozialen Wohnraumförderung erfüllen**. Gleiches gilt für Gebäude, bei denen sich ein Vorhabenträger dazu verpflichtet, geltende Förderbedingungen der sozialen Wohnraumförderung einzuhalten, insbesondere Miet- und Belegungsbindungen.
- Das Land schafft die rechtlichen Voraussetzungen, **damit Förderprogramme im Rahmen der sozialen Mietwohnraumförderung auch kumuliert** werden können bzw. das Kumulierungsverbot abgeschafft wird.
- Das Land schafft in allen Landkreisen **Beratungsstellen für gemeinschaftliches Wohnen** nach dem Vorbild der Landesberatungsstelle gemeinschaftliches Wohnen in Hessen.
- Das Land setzt sich **über den Bundesrat** und die **Konferenz der Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales** dafür ein, dass die **Kosten der Unterkunft** im SGB II und SGB XII an die tatsächlichen Kosten für Wohnraum angepasst werden und diese abdecken.
- **Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften** werden unterstützt, um benachteiligte Menschen mit Wohnraum zu versorgen (Fachberatungsstellen, Wohnraumhilfe); das Land wirkt außerdem auf den Bundesrat ein, um die rechtlichen Voraussetzungen für einen **gemeinnützigen Wohnungssektor** zu schaffen (Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit).

Die diskriminierungsfreie Integration aller Menschen in den Arbeitsmarkt wird umgesetzt

Unsere Vorschläge:

- Eine verbesserte **Inklusion von Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt.**
- **Vereinfachte und schnellere Arbeitsaufnahme für Geflüchtete und Migrant*innen**, unter anderem durch die **Anerkennung von informell erworbenen Kompetenzen** und den **Verzicht auf Ausbildungs- und Arbeitsverbote** für Asylbewerber*innen und Geduldete.
- **Nachqualifizierungsmaßnahmen** für Geflüchtete und Migrant*innen werden ausgebaut und verbessert.

Fachkräfte für die Betreuung und Unterstützung von jungen Menschen und ihren Familien werden verstärkt ausgebildet und arbeiten inklusiv

Unsere Vorschläge:

- Die **Curricula in Ausbildung und Studium** erfordern eine „**inklusive**“ Ausrichtung.
- Träger der Erziehungshilfen benötigen **finanzielle Unterstützung** bei der Ausbildung sowie der Praxisanleitung.
- Die **Fachkräftegewinnung für die Erziehungshilfen** muss in den Fokus der Politik rücken.
- Die **Verknüpfung von Theorie und Praxis** in der Ausbildung und im Studium wird gestärkt.

Zur Fachkräftesicherung werden Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in der Pflege verbessert

Unsere Vorschläge:

- **Qualifikationsmixmodelle**, in denen beruflich und akademisch qualifizierte Pflegenden die Versorgungspraxis sichern und fortentwickeln. Dadurch werden **individuelle und durchlässige berufliche Perspektiven** geboten.
- Ausbau der **1-jährigen Pflegehilfeausbildung** durch folgende Maßnahmen:
 - bessere Finanzierung von Pflegeschulen
 - refinanzierte Praxisanleitung
 - inhaltlich bundesweit einheitliche Anpassung an die Anforderungen
 - Unterstützung der Gewinnung von Pflegepädagog*innen
 - bezahlbarer Wohnraum für Beschäftigte in Ballungsgebieten

Der Pflegeberuf wird wieder attraktiver, indem die Bürokratie in der Pflege abgebaut wird

Unsere Vorschläge:

- Das Land Hessen setzt sich für eine **Vereinfachung der Verfahren** im Gesundheitsbereich ein, damit **mehr Zeit für die direkte Versorgung der Menschen** vorhanden ist.
- Es gibt eine **Erleichterung des Verfahrens zur Umsatzsteuerbefreiung** für ausbildende Einrichtungen.
- Ermöglichung von **vereinfachten Meldeverfahren** und Berücksichtigung des Aufwands **im Stellenumfang für Leitung und Verwaltung**.
- Hessenweite Einführung von **Parksonderberechtigungen für ambulante Pflegekräfte**.

Eltern erhalten Unterstützung zur besseren Vereinbarkeit von Erwerbs- und Care-Arbeit

Unsere Vorschläge:

- **Zeitliche Ausweitung und qualitative Verbesserung von Betreuungsmöglichkeiten** in KiTas, Kindergärten und Schule.
- Ein vom Land initiiertes und in den Kommunen umgesetztes Programm für Alleinerziehende, das u. a. durch den Aufbau eines Babysitter-Pools die **Betreuung in Randzeiten** im häuslichen Umfeld der Kinder abdeckt.



Bildungschancen werden erhöht und Benachteiligungen abgebaut

Unsere Vorschläge:

- Die Wahrnehmung und **Einbeziehung der Jugendsozialarbeit** als strategischem Partner mit einem eigenen Profil in der **Begleitung von jungen Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf (12–27 Jahre)** sowie **Ausbau von Unterstützungsstrukturen des gesamten Spektrums der Jugendsozialarbeit** als Teil der sozialen Infrastruktur und anknüpfend an die Expertise bestehender Angebote.
- Einen Diskurs in Fachforen auf Landesebene über geeignete Umsetzungsmöglichkeiten zur **verbesserten Gestaltung von Übergängen** sowie der Entwicklung von Konzepten zur Ausgestaltung der **kooperativen Zusammenarbeit im Sozialraum**.
- **Anhebung der Altersgrenze des Schulrechts an beruflichen Schulen auf 27 Jahre** für junge Menschen mit und ohne Flucht- und Migrationserfahrung aufgrund ihrer besonderen Bedarfe gemäß § 13 SGB VIII.
- **Entsprechende Landesgesetze zur Umsetzung des neuen § 13a SGB VIII** sowie zum **Ganztagsförderungsgesetz des Bundes**, in denen die **gemeinsame Verantwortung von Jugendhilfe und Schule** gesetzlich festgeschrieben werden.

Jugendliche im Übergang von Schule und Beruf werden besser unterstützt

Unsere Vorschläge:

- **Ausbau von Produktionsschulen und nachhaltige Finanzierung durch das Land**, damit insbesondere benachteiligte Jugendliche im Übergang von der Schule ins Berufsleben nicht aus dem System herausfallen. In den Produktionsschulen erhalten sie ein **Angebot für die Verbindung von Lernen und praktischem Arbeiten**.
- Die **Schaffung einer Ausbildungsgarantie durch außerbetriebliche Ausbildungsplätze** für diejenigen Jugendlichen, bei denen eine Vermittlung in eine betriebliche Ausbildung nicht unmittelbar gelingt. Dazu werden **außerbetriebliche Ausbildungsstätten** ausgebaut, außerdem setzt sich das Land auf Bundesebene dafür ein, dass die Ausbildungsgarantie ins SGB III aufgenommen wird.
- Eine **Ausbildungsvorbereitung** wird verbessert, u. a. durch eine **frühzeitige und verbindliche Verankerung der Berufsorientierung im schulischen Curriculum** sowie dem hessenweiten

Ausbau von **Jugendberufsagenturen** als rechtskreisübergreifender Beratungsinfrastruktur für Jugendliche.

- In der **Ausbildung von Lehrer*innen** an allgemeinbildenden Schulen wird die **Berufsorientierung und -vorbereitung** fester Bestandteil.

Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch den Ausbau der Demokratieförderung im (außer)schulischen Bereich

Unsere Vorschläge:

- Fortführung und Weiterentwicklung des **Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“**, um zivilgesellschaftliches Engagement und Projekte gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu stärken.
- Eine **Verankerung von Aktivitäten in Kitas und Schulen**, die Partizipation ermöglichen, Vielfalt anerkennen und demokratische Werte vermitteln, um bereits für junge Menschen Demokratie direkt erfahrbar werden zu lassen.
- **Unterstützung von Lehrer*innen und Erzieher*innen durch die Implementierung geeigneter Formate der Demokratieförderung in Ausbildung und Studium.**



Die Gesundheitsversorgung von Menschen in – insbesondere aufenthaltsrechtlich – prekärer Situation wird garantiert.

Unsere Vorschläge:

- Einführung eines **anonymen Behandlungsscheins** und eines **Behandlungsfonds** in Hessen mit zunächst 1,5 Millionen EUR pro Jahr; eine Anpassung erfolgt nach einer Evaluierung spätestens nach zwei Jahren.
- **Dauerhafte Absicherung bestehender und weiterer Aufbau kommunaler Clearingstellen** zur Gewährleistung eines niederschweligen Zugangs zu Beratung und Behandlung für Menschen ohne oder mit unklarer Krankenversicherung, d. h. beispielsweise für Menschen ohne Aufenthaltsstatus, EU-Bürger*innen, Wohnungslose.
- Bis zur Einschränkung der Übermittlungspflicht im Aufenthaltsgesetz wird in Hessen die **Verpflichtung, Menschen ohne gültigen Aufenthalt den Ausländerbehörden zu melden**, für alle Personen im Gesundheitsbereich **aufgehoben** (analog der Regel im Bildungsbereich). Dies geschieht, damit nicht aus Angst vor einer möglichen Ausweisung oder Abschiebung notwendige Behandlungen unterbleiben.
- Einführung der **elektronischen Gesundheitskarte** auch für Personen, die Leistungen nach dem **Asylbewerberleistungsgesetz** beziehen.

Die Beratung und Gesundheitsversorgung von Frauen, Paaren und Familien wird gestärkt

Unsere Vorschläge:

- **Finanzielle Absicherung eines flächendeckenden präventiven Beratungsangebots über Mutter-Kind-/Vater-Kind-Maßnahmen sowie Maßnahmen für Pflegende (§§ 23, 24 und 40, 41 SGB V)**. Damit frühzeitig Not- und Belastungssituationen in Familien erkannt, Gesundheitsgefährdungen vermieden und durch geeignete lokale Unterstützungsangebote und Kurmaßnahmen Mütter, Väter und auch Pflegende gestärkt werden. Alle hessischen Parteien setzen sich auf Bundesebene ein, um für Familien den gesetzlichen Anspruch auf diese Beratungsleistung zu erreichen.
- **Sicherstellung und Stärkung bestehender stationärer Angebote für Mutter-Kind-/Vater-Kind-Kuren bzw. Maßnahmen für Pflegende in Kliniken für Vorsorge- und Rehabilitation**

(§§ 23, 24 und 40, 41 SGBV). Kurmaßnahmen für Mütter, Väter und pflegende Angehörige sind infolge der Corona-Pandemie wichtiger denn je. Doch die wirtschaftliche Lage der Kliniken ist z. B. aufgrund fehlender Ausgleichszahlungen, hoher Inflation und unerwarteten Preissteigerungen prekär. Wir wünschen uns von der Landesregierung Unterstützung auf Landes- und Bundesebene für die finanzielle Absicherung dieser Kliniken im Verbund des Müttergenesungswerkes.

- **Die anerkannten Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen sowie die medizinische Versorgung in Kliniken und Arztpraxen werden flächendeckend erhalten und ausgebaut.** Schwangere, Paare und Familien benötigen für alle ihre Fragen – **von der Pränataldiagnostik über Schwangerschaftsabbruch bis hin zur Geburt** – eine verlässliche Infrastruktur – auch im ländlichen Raum. Damit Beratungsangebote und medizinische Versorgung sich gegenseitig ergänzen und unterstützen, setzt sich die Politik für einen **Runden Tisch zu Frauen- und Familiengesundheit** sowie für die **Implementierung eines systematischen und analytischen Monitoringsystems** in Hessen ein.

Menschen mit Suchterkrankungen und deren Angehörige erhalten umfassende Unterstützung

Unsere Vorschläge:

- Die **Suchtberatung** sowie die **ambulante und stationäre Rehabilitation** und die Angebote der Eingliederungshilfe werden solide und kostendeckend gesichert.
- Es wird ein **verbindliches Casemanagement** eingeführt.
- Die **Suchtselbsthilfe wird gefördert**. Sie ist ein elementarer Bestandteil des Suchthilfesystems, da sie in Zusammenarbeit mit der beruflichen Suchthilfe eine bewährte Grundlage für eine effektive Unterstützung von Menschen mit Suchterkrankung darstellt.
- **Angehörige und insbesondere Kinder von suchterkrankten Menschen** erhalten bessere Unterstützung, u. a. über **kommunale Angebote**. Von einer Suchterkrankung ist nicht nur der erkrankte Mensch selbst betroffen, sondern die Familie und insbesondere die Kinder. Daher ist es besonders wichtig, dass die **regulären kommunalen Angebote** für die Angehörigen (z. B. Frauenhäuser) und die Kinder (KiTa, Kindergarten, Schulsozialarbeit etc.) ein besonderes Augenmerk auf die **inklusive Unterstützung** legen. **Präventionsprojekte** in diesem Bereich müssen Kinder aus suchtbelasteten Familien bewusst einbeziehen.

- **Die Kosten für die von verschiedenen Kostenträgern geforderten suchtherapeutischen Zusatzausbildungen werden übernommen**, da durch die zusätzlichen Anforderungen bei ohnehin herrschendem Fachkräftemangel die Suchthilfe erheblich benachteiligt ist.
- Die **Transparenz der Verwendung** der von der Landesregierung den einzelnen Bereichen zugeordneten Mittel im System **kommunalisierter Mittel wird verbessert**, sodass nachvollziehbar ist, dass die Mittel auch dort ankommen.

Die Sektorengrenzen in der Pflege und Betreuung werden abgebaut und die Kommunen durch das Land gestärkt

Unsere Vorschläge:

- Die **Pflegestrukturplanung** erfolgt stärker durch die Kommune. Pflegeversorgung sollte von der öffentlichen Hand gesteuert und nach Bedarfen geplant werden. **Die Kommune erhält dabei Unterstützung und ggf. Vorgaben vom Land.** Dazu werden **Leistungen der Pflegestützpunkte als wichtige, wohnortnahe Beratungseinrichtungen unter der Leitung der Kommunen ausgebaut.** Diese können dann umfassende Beratungs- und Koordinierungstätigkeiten übernehmen (Lotsenfunktion). Sie müssen beworben werden und barrierefrei erreichbar sein.
- **Präventive Leistungen, die der Gesunderhaltung dienen und die Lebensqualität und Integration beeinträchtigter Bürger*innen im Alltag verbessern, sollten durch die Kommunen gefördert und finanziert werden.** Nicht jeder Mensch muss im Alter pflegebedürftig werden. Die Kommunen sollten alles dafür tun, dass die Menschen in ihrer Stadt oder Gemeinde gesund alt werden können und aktiver Teil der Gemeinschaft bleiben können. Beispiel: niedrigschwellige und aufsuchende Dienste, Quartiers-treffpunkte, zugehende Beratung.



Der Sozialräumliche Ansatz wird ausgeweitet

Unsere Vorschläge:

- Stärkung von Nachbarschaften durch **Schaffung von konsumfreien Begegnungsorten**. Dafür braucht es den Zugang aller zu **barrierefreien öffentlichen Orten**, besonders in benachteiligten Quartieren.
- Ein **Landesprogramm „Öffentliche Orte wieder(be)leben“**, das dabei hilft, neue Aufenthaltsqualitäten zu schaffen. Der Anspruch der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse gilt für Stadtteile ebenso wie für Dörfer in ländlichen Gebieten. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA).
- Einführung von **Hessenpass** und einem **29-Euro-Sozialticket für den ÖPNV**, sodass insbesondere armutsbetroffene Erwachsene, Jugendliche und Kinder durch vergünstigte oder kostenlose Mobilitäts- und Freizeitmöglichkeiten nicht mehr von diesen Angeboten ausgeschlossen sind. **Teilhabe und Mobilität im Sozialraum** werden damit unabhängiger vom Geldbeutel der Menschen.

Das freiwillige Engagement wird aufgewertet

Unsere Vorschläge:

- Schaffung von **Rahmenbedingungen durch die Landesregierung**, die allen Menschen die Möglichkeit geben, sich unabhängig von ihrem Alter, von der wirtschaftlichen, kulturellen, körperlichen, geistigen oder seelischen Verfassung freiwillig zu engagieren.
- **Dauerhafte Stabilisierung des freiwilligen Engagements**: Es gibt eine **strukturelle Finanzierung** anstelle der zeitlich begrenzten Projektfinanzierungen und die **Verstetigung der Infrastruktureinrichtungen**.

Das kommunale Wahlrecht für Ausländer*innen, die dauerhaft in Hessen leben, wird eingeführt

Unsere Vorschläge:

- **Schaffung eines aktiven und passiven Wahlrechts** unabhängig von der Staatsbürgerschaft.
- **Einsatz der Landesregierung im Bund** dafür, dass **Artikel 28 (1) GG** mit dem Ziel geändert wird, analog zu den EU-Staatsangehörigen auch anderen Staatsangehörigen das Kommunalwahlrecht zu gewähren. In einem zweiten und dritten Schritt müssten dann die Voraussetzungen für die Einführung eines Ausländerwahlrechts auf Landes- und Bundesebene geschaffen werden.

Teilhabe- und Selbsthilfestrukturen werden unterstützt

Unsere Vorschläge:

- **Finanzielle Unterstützung und außerdem Einbindung von Selbstorganisationen von Menschen mit Armuts- und anderer Diskriminierungserfahrung** in Behördenpraxis und Verwaltungen (z. B. Beiräte in Jobcentern und anderen für die jeweilige Selbstorganisation relevanten Behörden).
- **Beteiligung weiter Teile der Gesellschaft in die Gestaltung des anstehenden sozial-ökologischen Transformationsprozesses**, der vor dem Hintergrund von **Klimaerwärmung und Energiekrise** noch entschiedener und auf allen politischen Ebenen vorangebracht werden muss. Unumgängliche Kosten dürfen nicht einkommensarme Menschen zusätzlich belasten. Ökologische Teilhabe muss auch einkommensschwachen Menschen möglich sein. Solange nachhaltiger Konsum in der Regel die teurere Alternative ist, sind viele Menschen ausgeschlossen, ihren Teil zur Verringerung der Klimakrise beizutragen.
- Es gilt: **Soziales und Ökologisches gehört zusammen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.**



WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Sie können diese Vorschläge online einsehen unter www.diakonie-hessen.de

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSa) informiert hier: www.bagejsa.de

Der Evangelische Bundesfachverband Existenzsicherung und Teilhabe (EBET) e.V. Wohnungsnotfall- und Straffälligenhilfe hier: www.ebet-ev.de

Zu den Themen Arbeit und Soziale Integration informiert weiterführend auch der Evangelischer Fachverband für Arbeit und Soziale Integration: www.efas-web.de

Weitere Informationen zu den Themen Altenarbeit und Pflege bietet der Deutsche Evangelische Verband für Altenarbeit und Pflege (DEVAP): www.devap.de/

Eine weiterführende Übersicht über die über 60 Fachverbände in der Diakonie Deutschland findet sich hier: www.diakonie.de/fachverbaende

Einen Überblick über die evangelischen Demokratieprojekte bundesweit finden Sie hier: <https://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/projekte/145248/diakonie-deutschland>

Sie haben noch Fragen? Dann wenden Sie sich gerne an uns.

Diakonie Hessen –

Diakonisches Werk in Hessen und Nassau und Kurhessen-Waldeck e.V.

Ederstraße 12

60486 Frankfurt am Main

Dr. Felix Blaser

Bereichsleitung Mitglieder II –

Existenzsicherung, Armutspolitik und Gemeinwesendiakonie

Flucht, Interkulturelle Arbeit und Migration

Diakonie in der Region

Diakonische Kultur und Kooperation Kirchen

Tel.: 069 7947-6321

Mobil: 0170 85 80 626

felix.blaser@diakonie-hessen.de

Dr. Melanie Hartmann

Referentin für Armuts- und Arbeitsmarktpolitik, Bahnhofsmision und Jugendberufshilfe

Tel.: 069 7947-6272

Mobil: 0170 4496472

melanie.hartmann@diakonie-hessen.de

Eckhard Lieberknecht

Abteilung Kommunikation

Tel.: 0561 1095-3333

Mobil: 0177 56 12 230

eckhard.lieberknecht@diakonie-hessen.de

NOTIZEN

NOTIZEN

Impressum

Herausgeber: Diakonie Hessen – Diakonisches Werk in Hessen und Nassau und Kurhessen-Waldeck e.V., Ederstraße 12, 60486 Frankfurt am Main

Autor*innen: Fachreferent*innen und Kommunikation der Diakonie Hessen

Redaktion: Melanie Hartmann, Eckhard Lieberknecht

Layout: Eckhard Lieberknecht

Bildnachweise:

© Andi Weiland – Sozialhelden e.V. (CC by) (S. 9)

© Andi Weiland – Gesellschaftsbilder.de (S. 11)

© Leona Stewart – Deisel Photography (S. 13)

© Yuri Acours – peopleimages.com (S. 15)

© Ingo Bartussek – stock.adobe.com (Rückseite)

Druck: Henrich-Druck, Neustadt (Hessen)

Januar 2023

Unerhört. Sozial. Hessen.

Vorschläge der Diakonie Hessen
zur Landtagswahl in Hessen im Herbst 2023

